



Datum: 08.02.2019

BRUNO GMÜR  
PHILIPPE BOCHUD

## PRÜFUNG VON BANKEN UND EFFEKTENHÄNDLERN: VERSCHNAUFPAUSE IM JAHR 2019? Ein Rück- und Ausblick auf die wichtigsten aufsichtsrechtlichen Änderungen\*

Zahlreiche grosse Regulierungsprojekte werden auf den 1. Januar 2020 in Kraft gesetzt, u. a. das Finanzdienstleistungsgesetz und Änderungen im Geldwäschereigesetz. Die auf Anfang 2019 in Kraft getretenen Anpassungen halten sich in Grenzen. Dies könnte den Eindruck erwecken, dass im Jahr 2019 eine Verschnaufpause winkt. Das dürfte jedoch nicht der Fall sein. Die anstehenden aufsichtsrechtlichen Änderungen sind weiterhin umfangreich und bewirken einen erheblichen Umsetzungsaufwand.



BRUNO GMÜR,  
DIPL. WIRTSCHAFTSPRÜFER,  
PRÄSIDENT DER  
KOMMISSION FÜR  
BANKENPRÜFUNG VON  
EXPERTSUISSE,  
PARTNER, ASSURANCE  
FINANCIAL SERVICES,  
PWC, ZÜRICH



PHILIPPE BOCHUD,  
DIPL. WIRTSCHAFTSPRÜFER,  
MITGLIED DER KOMMISSION  
FÜR BANKENPRÜFUNG  
VON EXPERTSUISSE,  
PARTNER, ASSURANCE  
FINANCIAL SERVICES,  
PWC, GENÈVE

### 1. ORGANISATION FINANZMARKT

**1.1 Vorgaben für das Angebot von Finanzdienstleistungen.** Nachdem das *Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg)* in den letzten Jahren in Ausarbeitung war, hat das Parlament das Gesetz im Juni 2018 verabschiedet. Mit dem Inkrafttreten werden die Verhaltens- und Produktvorschriften für professionelle Kunden und Privatkunden angepasst. Neu erforderlich werden unter anderem das Einholen von Informationen über den Finanzdienstleister und die Produkte, eine Angemessenheitsprüfung vor Geschäften mit Finanzinstrumenten (ausser bei Execution-only-Beziehungen) sowie Eignungsprüfungen bei der Anlageberatung und der Vermögensverwaltung.

Das Gesetz enthält ebenfalls Vorgaben zur Organisation von Finanzdienstleistern sowie zur Vermeidung von Interessenkonflikten. Die Bank kann zum Beispiel im Geschäft mit kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten Vertriebsentschädigungen von Dritten (Produktanbieter wie Fondsgesellschaften o. ä.) erhalten und an Dritte weitergeben. Nun wurde die Pflicht zur vollumfänglichen Weitergabe dieser Entschädigungen Dritter an die Kunden verankert. Alternativ können die Kunden auf die Weitergabe von Entschädigungen Dritter verzichten, wenn sie vor Erbringung der Finanzdienstleistung oder vor Vertragsabschluss über die Art und den Umfang der Entschädigung informiert werden.



Datum: 08.02.2019

Die lange diskutierte Pflicht zum Eintrag von Kundenberatern in ein Beraterregister wurde nicht mehr weiterverfolgt für Mitarbeitende, die in einem dem *Finanzmarktaufsichtsgesetz (Finmag)* unterstellten Institut tätig sind. Eine Registrierungspflicht besteht jedoch weiterhin für Kundenberater von ausländischen sowie von inländischen Finanzdienstleistern, die nicht gemäss Finmag beaufsichtigt werden.

Die Kunden haben jederzeit Anspruch auf die Herausgabe einer Kopie ihres Dossiers sowie sämtlicher sie betreffenden Dokumente, die der Finanzdienstleister im Rahmen der Geschäftsbeziehung erstellt hat. Die Institute müssen in der Lage sein, diese Dokumentation ihren Kunden innert 30 Tagen zukommen zu lassen.

Die Ausführungen des Gesetzes werden durch die *Verordnung über die Finanzdienstleistungen (Fidlev)* konkretisiert. Über diese Verordnung wurde bis zum 6. Februar 2019 eine Anhörung durchgeführt.

Es wird erwartet, dass Fidleg und Fidlev auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten werden. Die Pflichten zur Kundensegmentierung, zu Verhaltensregeln und zur Organisation der Finanzdienstleister sind voraussichtlich innert eines Jahres nach Inkrafttreten der Fidlev zu erfüllen.

**1.2 Bewilligung und organisatorische Anforderungen für beaufsichtigte Finanzinstitute.** Das *Finanzinstitutengesetz (Finig)* regelt die Aufsicht über Finanzdienstleister, die das Vermögensverwaltungsgeschäft betreiben. Darunter fallen Vermögensverwalter, Trustees, Verwalter von Kollektivvermögen, Fondsleitungen und Wertpapierhäuser. Banken unterstehen jedoch nicht dem Finig.

Neu geschaffen wurde die Kategorie Wertpapierhäuser. Sie entspricht den bisherigen Effekthändlerkategorien des Kundenhändlers, des Eigenhändlers und des Market Maker gemäss *Verordnung über die Börsen und den Effektenhandel (BEHV)*. Nicht weitergeführt werden die Kategorien des Emissions- und des Derivathauses, da deren Funktionen in der Praxis von Banken oder Kundenhändlern wahrgenommen werden.

Für die dem Finig unterstellten Finanzinstitute regelt das Gesetz Aspekte wie die Bewilligungsvoraussetzungen, die Organisation, die Gewähr für einwandfreie Geschäftsführung, die zulässigen Rechtsformen, Kapitalvorschriften sowie Anforderungen an das Risikomanagement und die interne Kontrolle.

Finig und Finiv werden als Paket zusammen mit dem Fidleg und Fidlev behandelt. Die Inkraftsetzung wird per 1. Ja-

nuar 2020 erwartet, ebenso wie die Anhörung der Ausführungsverordnung.

## 2. GELDWÄSCHEREIPRÄVENTION

Als Ergebnis der Länderprüfung der Schweiz durch die *Financial Action Task Force (FATF)* im Jahr 2016 müssen einige Bestimmungen in der schweizerischen Regulierung angepasst werden, damit diese weiterhin mit den FATF-Standards übereinstimmen. Diese Anpassungen werden in verschiedenen Erlassen vorgenommen.

**2.1 Geldwäschereigesetz.** Die Vernehmlassung zu den Änderungen im *Geldwäschereigesetz (GwG)* dauerte bis zum 21. September 2018.

Für Beratungsdienstleistungen (Gründung, Kauf, Verkauf, Führung, Verwaltung, Mittelbeschaffung) im Zusammenhang mit Gesellschaften mit Sitz im Ausland, Sitzgesellschaften mit Sitz in der Schweiz sowie Trusts werden Sorgfaltspflichten eingeführt. Diese Tätigkeiten werden neu den Vorschriften des GwG unterstellt. Gleichzeitig wird für die Berater eine Prüfungspflicht eingeführt.

Neu verpflichtet das Gesetz die Finanzintermediäre ausdrücklich, die Angaben zur wirtschaftlich berechtigten Person zu überprüfen. Finanzintermediäre müssen zudem die Kundendokumentationen regelmässig auf deren Aktualität überprüfen. Die Periodizität und der Umfang der Prüfung richten sich dabei nach dem Risiko, das die Vertragspartei darstellt.

Vereine, die hauptsächlich zu einem karitativen Zweck an der Sammlung oder Verteilung von Vermögenswerten im Ausland beteiligt sind, müssen sich neu ins Handelsregister eintragen lassen.

Die Sorgfaltspflichten für Edelmetall- und Edelsteinhändler werden bei Bartransaktionen ab CHF 15 000 ausgeweitet.

Die Behandlung dieser Änderungen im Parlament ist noch offen. Die Inkraftsetzung der Anpassungen wird auf den 1. Januar 2020 erwartet.

**2.2 Geldwäschereiverordnung-Finma.** Bei der *Geldwäschereiverordnung der Finma (GwV-Finma)* sind gleichzeitig zwei Überarbeitungen zu beachten. Die erste Anpassung wurde im Juni 2018 verabschiedet und wird auf den 1. Januar 2020 in Kraft treten. Sie konkretisiert die unter Absatz 2.1 erwähnten Änderungen im GwG:

→ Erweiterung und Präzisierung der Kriterien, die auf Geschäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken hinweisen. → Konkretisierung der Anforderungen an die gruppenweite Ein-



Datum: 08.02.2019

haltung der grundlegenden Prinzipien der Geldwäscherei-prävention und an die globale Überwachung von Rechts- und Reputationsrisiken durch Finanzintermediäre mit Ausland-tätigkeit. → Senkung des Schwellenwerts für Bartransaktio-nen mit Laufkunden und die Zeichnung von nicht börsen-kotierten kollektiven Kapitalanlagen von CHF 25 000 auf CHF 15 000 Franken. → Pflicht zur Überprüfung der Anga-ben zum Auftraggeber und zur begünstigten Person im Zahlungsverkehr.

Die zweite Anpassung bezieht sich auf die Sorgfaltspflichten für künftige Träger der Fintech-Bewilligung (Personen nach Art. 1b Bankengesetz [BankG]). Dabei orientiert sich die Be-hörde an den Sorgfaltspflichten für *direkt unterstellte Finanz-intermediäre (Dufi)*. Während Dufi die Identifikation von Ge-schäftsbeziehungen mit erhöhten Risiken erst vornehmen müssen, wenn sie mindestens 20 dauernde Geschäftsbezie-hungen unterhalten, sollen die Risikokriterien für Träger der Fintech-Bewilligung unabhängig von der Anzahl der Geschäftsbeziehungen erforderlich sein. Zudem kann die Finma die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Kont-rollfunktionen Risikomanagement und Compliance senken, sofern das betroffene Institut einen Bruttoertrag von weni-ger als CHF 1,5 Mio. aufweist und den Nachweis geringer Risiken erbringt. Falls notwendig, kann die Finma die Ein-führung eines informatikgestützten Transaktionsüberwa-chungssystems verlangen. Die Änderungen wurden am 10. Dezember 2018 publiziert und traten am 1. Januar 2019 in Kraft.

**2.3 Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken.** Aufgrund der Änderungen des GWG und der GwV-Finma wurde auch die *Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 20)* nachgeführt. Die VSB 20 wird am 1. Januar 2020 in Kraft treten.

Zentrale Änderungen umfassen die Senkung des Schwel-lenwerts von CHF 25 000 auf CHF 15 000 für die Identifizie-rung des Vertragspartners bei Kassageschäften. Weiter wurde das Finma-Rundschreiben (Finma-RS) «Video- und Online-Identifizierung» formell in die VSB 20 aufgenommen. Die Frist zur nachträglichen Beschaffung von fehlenden Anga-ben oder Dokumenten bei der Kontoeröffnung wurde von 90 auf 30 Tage gesenkt. Ausserdem wurden verschiedene Formulare präzisiert und vereinfacht.

### 3. ORGANISATION DER BANK/

## RISIKOMANAGEMENT

**3.1 Neue Standards zur Messung und zum Management von Zinsrisiken.** Zur Umsetzung der vom Basler Ausschuss herausgegebenen neuen Standards für Zinsrisiken im Ban-kenbuch (IRRBB: Interest rate risk in the banking book) er-liess die Finma das neue Rundschreiben (RS) 19/2 «Zinsrisi-ken – Banken». Es ersetzt seit 1. Januar 2019 das vormalige Finma-RS 08/6 «Zinsrisiken – Banken».

Das neue RS zählt neun Grundsätze zur Identifikation, Messung und zum Management von Zinsrisiken auf. Zahl-reiche Vorgaben waren bereits im bisherigen RS in gleicher

---

*«Die in einer Bank vorhandenen Zinsrisiken werden im Vergleich zu heute verhältnismässig transparent und vergleichbar.»*

oder ähnlicher Form enthalten. Kleine Banken der Aufsichts-kategorien 4 und 5 können auf die Umsetzung von Teilen der aufgeführten Grundsätze verzichten, wenn gewisse Be-dingungen eingehalten und nachvollziehbare Begründun-gen dokumentiert werden. Auch Banken der Aufsichtskate-gorie 3, die nicht wesentlich im Zinsengeschäft tätig sind, können gewisse Erleichterungen geltend machen.

Eine der wesentlichen Anpassungen umfasst die Vorgaben zum internen Zinsrisikomesssystem. Die Messung von Zins-risiken muss auf einer angemessenen Bandbreite an Zins-schock- und Stressszenarien erfolgen. Kleine Banken können auf die über die Standardszenarien hinausgehenden spezifi-scheren Zinsschock- und Stressszenarien verzichten, wenn sie nachweisen können, dass die Zinsschockszenarien für die eingegangenen Zinsrisiken angemessen sind. Bei einem durchschnittlichen Geschäftsmodell ohne exotische Pro-dukte und mit normalem Bilanzstrukturmanagement kann davon ausgegangen werden. Kleine Banken und Banken der Kategorie 3 mit unwesentlichem Zinsengeschäft müssen je-doch trotzdem die von der Finma vorgegebenen sechs Stan-dardzinsschockszenarien sowie allfällige zusätzlich vorge-gene Szenarien berechnen.

Qualitative und quantitative Aspekte zum Zinsrisiko müssen im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Offenlegung publiziert werden. Die Offenlegung zu den Zinsrisiken



Datum: 08.02.2019

wird im Finma-RS 16/1 «Offenlegung Banken» geregelt (vgl. Absatz 4.2) und umfasst die folgenden Themen:

→ Beschreibung der Ziele und Strategien für das Zinsrisikomanagement des Bankenbuchs, → Quantitative Informationen zur Positionsstruktur und zur Zinsneufestsetzung, → Beschreibung der Änderungen von Barwert und Ertragswert der Bank unter jedem der vorgeschriebenen Zinsschockszenarien.

Damit werden die in einer Bank vorhandenen Zinsrisiken im Vergleich zu heute verhältnismässig transparent und vergleichbar.

Im Anhang zum RS erläutert die Finma ihr Vorgehen zur Identifikation von Instituten mit auffälligen Zinsrisiken. Sie kann die Zinsrisiken eines Instituts als unangemessen beurteilen, wenn die Barwertänderung der Eigenmittel bei einem Zinsschockszenario mindestens 15% des Kernkapitals umfasst oder wenn die Grundsätze zu einem angemessenen Zinsrisikomanagement nicht eingehalten werden. Die Finma beurteilt die identifizierten Institute individuell und verlangt von ihnen allenfalls Massnahmen zur Risikoreduktion.

**3.2 Neuregelung der Vorgaben zur Auslagerung von Dienstleistungen.** Am 5. Dezember 2017 publizierte die Finma das überarbeitete RS 18/3 «Outsourcing – Banken und Versicherungen». Es löst das bisherige Finma-RS 08/7 «Outsourcing Banken» ab.

Während die bisherigen Vorgaben eine beispielhafte Liste von Tätigkeiten aufführten, bei denen eine wesentliche Auslagerung im Sinne des RS gegeben war, müssen die Institute gemäss den neuen Regeln die Wesentlichkeit aufgrund allgemeiner Prinzipien weitgehend selbst bestimmen. Handelt es sich bei der ausgelagerten Dienstleistung um eine für die Geschäftstätigkeit des Instituts wesentliche Funktion, sind zahlreiche Anforderungen zu berücksichtigen. Diese umfassen unter anderem die Inventarisierung der ausgelagerten Funktionen, Anforderungen an den mindestens in einem Vertrag zu regelnden Inhalt sowie Vorgaben zur Auswahl, Instruktion und Kontrolle des Dienstleisters.

Bei gruppeninternen Auslagerungen gelten die Anforderungen des RS ebenfalls. Es gibt jedoch Erleichterungen, wenn die üblicherweise mit dem Outsourcing zusammenhängenden Risiken nicht bestehen oder die Anforderungen nicht relevant sind.

Das RS trat am 1. April 2018 in Kraft. Auf Outsourcing-Ver-

hältnisse von Banken, die nach diesem Datum abgeschlossen oder geändert wurden, sind bereits die neuen Vorschriften anwendbar. Verhältnisse, die bereits vor diesem Datum bestehen, sind innerhalb einer Übergangsfrist von fünf Jahren an die Anforderungen des neuen RS anzupassen.

**3.3 Senkung Markteintrittshürden für Fintech-Unternehmen.** Mit einer Revision der Finanzmarktregulierung sollen die Markteintrittshürden für Fintech-Unternehmen

---

*«Mit einer Revision der Finanzmarktregulierung sollen die Markteintrittshürden für Fintech-Unternehmen verringert und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt werden.»*

verringert und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes gestärkt werden. Dazu wurde das *Bankengesetz (BankG)* mit einer neuen Bewilligungskategorie ergänzt. Die Bewilligung nach Art. 1a BankG entspricht der bisherigen Bewilligung als Bank.



Datum: 08.02.2019

Aufsichtskategorie der Bank	Ansatz
1	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Expected-Loss-Ansatz gemäss dem verwendeten internationalen Standard zur Rechnungslegung.</li> <li>→ Anwendung des Expected-Loss-Ansatzes auch für statutarischen Einzelabschluss zulässig.</li> </ul>
2	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Modellbasierter Expected-Loss-Ansatz für alle Bestände, bei denen der auf internen Ratings bezogene Ansatz (IRBA) zur Anwendung kommt.</li> <li>→ Vereinfachter Ansatz für erwartete Verluste (z. B. Loss-Rate-Ansatz basierend auf Expert Judgement) für Positionen mit Eigenmittelunterlegung gemäss Standardansatz.</li> </ul>
3 (mit wesentlicher Tätigkeit im Zinsdifferenzgeschäft)	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Öffnung der bisher formell eng gefassten Möglichkeiten zur Bildung von Wertberichtigungen für latente Ausfallrisiken.</li> <li>→ Erwartung der Bildung von Wertberichtigungen für inhärente Ausfallrisiken innerhalb eines grossen Spielraums.</li> <li>→ Verwendung der Wertberichtigungen für inhärente Ausfallrisiken in Krisensituationen.</li> </ul>
Übrige	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Wahlrecht zur Anwendung des heute gültigen Ansatzes mit Wertberichtigungen für latente Ausfallrisiken auf der Basis des Incurred-Loss-Ansatzes oder</li> <li>→ Bildung zusätzlicher Wertberichtigungen für inhärente Ausfallrisiken.</li> </ul>

## Abbildung: VORGABEN ZU WERTBERICHTIGUNGEN FÜR AUSFALLRISIKEN

Neben den bisherigen Einzelwertberichtigungen für gefährdete Forderungen sollen in Abhängigkeit der Aufsichtskategorie einer Bank unterschiedliche Vorgaben gegeben

Die neu geschaffene Bewilligung nach Art. 1b BankG entspricht unter dem Titel der Innovationsförderung der erleichterten Bewilligung als Fintech-Unternehmen. Diese dürfen seit dem 1. Januar 2019 unter erleichterten Anforderungen gewerbsmässig Publikumseinlagen bis zu maximal CHF 100 Mio. entgegennehmen, sofern sie die Gelder weder anlegen noch verzinsen. Diese erleichterten Regelungen zu Informationspflichten für die Kunden, Anforderungen an die Organisation und das Mindestkapital wurden ausserdem in der *Bankenverordnung (BankV)* konkretisiert. Diese Regelungen traten am 1. Januar 2019 in Kraft.

### 4. RECHNUNGSLEGUNG FÜR BANKEN UND EFFEKTENHÄNDLER UND AUFSICHTSRECHTLICHE OFFENLEGUNG

**4.1 Anpassung der Rechnungslegungsvorschriften und Bildung zusätzlicher Wertberichtigungen für Ausfallrisiken.** Schon seit mehreren Jahren befindet sich der Ersatz des Finma-RS 15/1 «Rechnungslegung Banken» durch eine Finma-Rechnungslegungsverordnung in Ausarbeitung. Während ein grosser Teil der derzeitigen Regeln materiell nicht angepasst werden soll, beabsichtigt die Finma, eine Ergänzung zur Bildung zusätzlicher Wertberichtigungen für Ausfallrisiken einzuführen (siehe *Abbildung*).

**4.2 Finma-RS 16/1 Offenlegung Banken.** Das Finma-RS 16/1 «Offenlegung Banken» wurde erst vor rund zwei Jahren in Kraft gesetzt, jedoch in der Zwischenzeit bereits mehrfach überarbeitet. Im Juli 2018 wurden die letzten Anpassungen durch die Finma publiziert, die für Offenlegungen per 31. Dezember 2018 anwendbar sind.

Damit eine höhere Vergleichbarkeit der Offenlegungen der Banken erreicht werden kann, wurden standardisierte Vorgaben für Offenlegungsinhalte definiert. Bei fehlender Wesentlichkeit oder Aussagekraft von zur Offenlegung verlangt werden, wie ein erwarteter Verlust in der Rechnungslegung abzubilden ist.

ten Informationen besteht die Möglichkeit zum Verzicht auf die Offenlegung. Die Begründung für die fehlende Aussagekraft beziehungsweise Unwesentlichkeit muss bankintern dokumentiert werden. Gewisse Tabellen sind von dieser Vereinfachung ausgeschlossen.

Folgende wesentlichen inhaltlichen Anpassungen wurden vorgenommen:

- Übersichtstabelle mit wesentlichen regulatorischen Kennzahlen (Key Metrics),
- Tabellen zu revidierten Standards zu Zins- und Marktrisiken,
- Tabellen für global systemrelevante Banken im Zusammenhang mit *Total Loss-Absorbing (TLAC)*-Vorgaben,
- Tabellen zu Vergütungen und prudenziellen Wertanpassungen,
- Verzicht auf publizierte Be-

«Das Finma-RS 16/1 «Offenlegung



Datum: 08.02.2019

*Banken» wurde erst vor rund zwei Jahren in Kraft gesetzt, jedoch in der Zwischenzeit bereits mehrfach überarbeitet.»*

gründung bei Nicht-Publikation von Informationen aufgrund von Unwesentlichkeit.

Die Finma hat bereits eine weitere Anpassung der Offenlegungsvorschriften angekündigt, welche die Änderungen der finalen Eigenkapitalvereinbarung, (*Basel-III-Standard*) beinhalten wird.

## 5. EIGENMITTEL/RISIKOVERTEILUNG

**5.1 Verwendung des Schweizer Standardansatzes SA-CH bis 31. Dezember 2018.** Die Eigenmittelverordnung vom 29. September 2006 sah zwei Standardansätze zur Ermittlung der erforderlichen Eigenmittel für Kreditrisiken vor: den *Schweizer Standardansatz (SA-CH)* sowie den *Internationalen Standardansatz (SA-BIZ)*. Mit der Totalrevision der *Eigenmittelverordnung (ERV)* vom 1. Juni 2012 wurde der SA-CH grundsätzlich abgeschafft.

Da die Umstellung auf den SA-BIZ einen erheblichen administrativen und technischen Aufwand verursacht, wurde bei der Totalrevision eine lange Übergangsfrist gewährt. Der SA-CH darf gemäss Art. 137 ERV seit dem 31. Dezember 2018 nicht mehr verwendet werden.

**5.2 Eigenmittelberechnung für Kreditäquivalente von Derivaten und für Anteile verwalteter kollektiver Vermögen.** Im Zusammenhang mit der Anpassung von Vorgaben des Basler Ausschusses wurden die Bestimmungen zur Berechnung der erforderlichen Eigenmittel für Kreditäquivalente von Derivaten sowie die Methodik zur Risikogewichtung für Anteile an *verwalteten kollektiven Vermögen (VKV)* angepasst. Dazu hat der Bundesrat am 23. November 2016 eine Anpassung der ERV publiziert. Die neuen Bestimmungen zu den Derivaten und den VKV wurden in das neue Finma-RS 17/7 «Kreditrisiken Banken» aufgenommen. Dieses wurde am 19. Dezember 2016 veröffentlicht und löst das bisherige Finma-RS 08/19 «Kreditrisiken Banken» ab.

Der Standardansatz zur Berechnung der Kreditäquivalente von Derivaten (SA-CCR: Standardised Approach for Counterparty Credit Risk) berücksichtigt in den Rz 32 bis 122

des Finma-RS 17/7 den Grad der Absicherung der Kontrakte sowie eine risikosensitive Kalibrierung der Wiederbeschaffungswerte und Sicherheitszuschläge. Da es sich beim SA-CCR um eine sehr komplexe Berechnungsmethode handelt, wurde für Banken der Aufsichtskategorien 4 und 5 in Rz 32 respektive in Anhang 5 ein vereinfachter SA-CCR ermöglicht. Der vereinfachte Ansatz steht auch Instituten der Aufsichtskategorie 3 mit unbedeutender Derivateaktivität zur Verfügung.

Ebenfalls angepasst wurden die Methodik und die Risikogewichtungssätze zur Eigenmittelunterlegung von Anteilen an VKV in den Rz 333 bis 358 Finma-RS 17/7. Die neuen Regeln sehen folgende Ansätze vor:

→ *Look-Through-Ansatz (LTA)*: Die den VKV-Anteilen zugrunde liegenden Positionen werden risikogewichtet, wie wenn sie direkt von der Bank gehalten würden.

→ *Mandatsbasierter Ansatz (MBA)*: Falls die Bedingungen des LTA nicht erfüllt oder die dafür notwendigen Informationen nicht verfügbar sind, muss das Institut den MBA verwenden. Bei diesem Ansatz wird auf die nach dem Mandat/den Anlagerichtlinien oder nach der Regulierung zulässigen Risiken abgestellt.

→ *Fallback-Ansatz (FBA)*: Können diese beiden Ansätze nicht angewandt werden, sind die VKV-Anteile gemäss dem FBA mit einer Risikogewichtung von 1250 Prozent in die Berechnungen einzubeziehen. Falls das Institut den administrativen Aufwand vermeiden will, darf es gemäss Rz 337 auch direkt den FBA anwenden.

→ *Vereinfachter Ansatz (VA)*: Institute der Aufsichtskategorien 4 und 5 dürfen den FBA gemäss Rz 335 mit einem Risikogewicht von 250% statt 1250% Prozent anwenden, falls der Fonds einen synthetischen Risikoindikator von 1 bis 4 aufweist. Institute der Aufsichtskategorie 3 dürfen den VA ebenfalls anwenden, falls sie VKV-Anteile in unbedeutendem Umfang halten.

Die Neuerungen traten am 1. Januar 2017 in Kraft. Ursprünglich war die Einführung dieser neuen Bestimmungen bis spätestens 1. Januar 2018 vorgesehen. Mit der Anpassung der ERV im Zusammenhang mit den Änderungen zu den Risikoverteilungsvorschriften (vgl. Absatz 5.4), die der Bundesrat am 22. November 2017 publiziert wurde, wurde in Art. 148g ERV die Übergangsfrist von 12 auf 36 Monate verlängert, das heisst bis zum 31. Dezember 2019.

## 5.3 Anrechenbarkeit von Lebensversicherungspolice



Datum: 08.02.2019

**und Risikogewichtung von Anteilen an VKV.** Das Finma-RS 17/7 «Kreditrisiken Banken» wurde im Juli 2018 angepasst. Bei diesen Anpassungen wurde die Anrechenbarkeit für Eigenmittelzwecke von verpfändeten Lebensversicherungspolice von Ehepartnern etwas erleichtert. Gleichzeitig wurde der vereinfachte Ansatz zur Risikogewichtung von Anteilen an VKV auf Instrumente mit einem Risikoindikator von mehr als vier erweitert, falls bestimmte Bedingungen gegeben sind. Diese Anpassungen traten am 1. Januar 2019 in Kraft.

**5.4 Änderung der Risikoverteilungsvorschriften.** Am 22. November 2017 wurde eine Anpassung der Risikoverteilungsvorschriften in der ERV publiziert. Detailregelungen wurden in das neue Finma-RS 19/1 «Risikoverteilung – Banken» aufgenommen.

Bisher definierte Art. 97 ERV, dass ein Klumpenrisiko höchstens 25% der korrigierten anrechenbaren Eigenmittel ausmachen darf. Gemäss den neuen Vorgaben wird dies nicht mehr auf dem Gesamt- sondern nur noch auf dem Kernkapital (Tier-1) basieren, was zu einer erheblich tieferen Obergrenze führen kann.

Die bisherigen Vorgaben liessen unter anderem eine Überschreitung der 25%-Obergrenze zu, falls der darüber liegende Betrag durch freie anrechenbare Eigenmittel abgedeckt werden konnte. Diese Abdeckung von Überschreitungen mit freien Eigenmitteln ist gemäss neuem Art. 99 ERV nicht mehr zulässig. Eine Überschreitung der 25%-Obergrenze ist nur noch erlaubt, wenn sie im Zusammenhang mit einer Fusion oder während längstens fünf Bankwerktagen im Zusammenhang mit der Abwicklung des Kundenzahlungsverkehrs steht.

Die Liste der Ausnahmen vom Einbezug einer Position in die Berechnung der Gesamtposition wird ebenfalls reduziert. Die Befreiung von der Obergrenze für Klumpenrisiken gilt neu nur noch für Positionen und Deckungen gegenüber Zentralbanken und Zentralregierungen sowie gegenüber zentralen Gegenparteien aus Clearing-Dienstleistungen.

Während unter den bisherigen Bestimmungen die Positionen in inländischen Pfandbriefen vom Einbezug in die Berechnung der Gesamtposition ausgenommen waren, müssen sie neu gemäss Art. 113 Abs. 2 Bst. b ERV mit einem Satz von 10% gewichtet werden.

Die periodische Meldung der Klumpenrisiken wurde um Meldungen für andere grosse Kreditrisiken erweitert. Art. 100 ERV verlangt deshalb anstelle einer Meldefrist von bisher

vier Wochen neu eine Zustellung innerhalb von sechs Wochen nach Quartalsende. Wie bisher sind die Meldungen

*«Seit dem 1. Januar 2019 müssen auch die drei inlandorientierten systemrelevanten Banken Gone-concern-Kapital für ihre allfällige Sanierung und Abwicklung halten.»*

dem Oberleitungsorgan, der aufsichtsrechtlichen Prüfgesellschaft sowie neu zusätzlich auch der Schweizerischen Nationalbank zuzustellen. Die meisten Neuerungen traten am 1. Januar 2019 in Kraft.

**5.5 Änderung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken.** Die Neuregelung der Eigenmittelunterlegung von Marktrisiken wurde immer wieder verschoben. Die Vorgaben des Basler Ausschusses verlangen grundsätzlich, dass die überarbeiteten Marktrisikostandards bis im Januar 2019 in nationales Recht umgesetzt werden und bis 31. Dezember 2019 in Kraft treten. Da andere Jurisdiktionen, vor allem die EU, diese Regeln später umsetzen, wird auch in der Schweiz die Umsetzung verzögert stattfinden, sodass die neuen Regeln zur Unterlegung der Marktrisiken erst im Jahr 2022 in Kraft treten werden.

**5.6 Risikogewichtung von Beteiligungen anstelle des vollen Abzugs von Eigenmitteln.** Am 21. November 2018 hat der Bundesrat eine Änderung der Eigenmittelverordnung verabschiedet. Seit dem 1. Januar 2019 müssen auch die drei inlandorientierten systemrelevanten Banken Gone-concern-Kapital für ihre allfällige Sanierung und Abwicklung halten. Zur Erfüllung dieser Kapitalanforderungen besteht eine Übergangsfrist bis ins Jahr 2025.

Gleichzeitig wird die im internationalen Vergleich besonders strenge Behandlung von Beteiligungen geändert. Bisher musste der volle Buchwert der Beteiligungen von den Eigenmitteln abgezogen werden. Neu gilt eine Risikogewichtung von 250% für Beteiligungen mit Sitz in der Schweiz sowie eine Gewichtung von 400% für Beteiligungen mit Sitz im



Datum: 08.02.2019

Ausland. Diese Anpassung trat am 1. Januar 2019 in Kraft.

**5.7 Neudefinition der Eigenmittelzielgrössen und Interventionsstufen.** Im Juli 2018 publizierte die Finma eine Anpassung ihres RS 11/2 «Eigenmittelpuffer und Kapitalplanung – Banken». Die Ausführungen im RS zu den Aufsichtskategorien sowie zum Eigenmittelpuffer wurden aufgehoben, da diese seit dem 1. Juli 2016 in der ERV geregelt sind.

Neu wird die Interventionsstufe pro Aufsichtskategorie nicht mehr bezogen auf eine absolute Kapitalquote definiert. Die Finma wird die Aufsichtsintensität verstärken und allenfalls zusätzlich Kapitalmassnahmen fordern, wenn die *Common-Equity-Tier-1 (CET1)*-Quote oder die Gesamtkapitalquote eines Instituts seine Eigenmittelzielgrösse um einen bestimmten Wert in Prozentpunkten unterschreitet. Dieser Wert ist abhängig von der Aufsichtskategorie des Instituts. Die Eigenmittelzielgrösse bestimmt sich aus der Gesamteigenmittelquote zuzüglich des antizyklischen Puffers und eines allfälligen institutsspezifischen Eigenmittelzuschlags. Diese Regeln traten am 1. Januar 2019 in Kraft.

**5.8 Anpassung der aufsichtsrechtlichen Korrekturen für IFRS- und US-GAAP-Anwender.** Banken, die für ihre Rechnungslegung die von der Finma anerkannten internationalen Standards IFRS oder US GAAP verwenden, müssen für die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelberechnungen Korrekturen vornehmen, damit die Gleichbehandlung mit anderen Banken sichergestellt ist, die ihre Jahresrechnung gemäss dem Finma-RS 15/1 «Rechnungslegung Banken» (RVB) erstellen. Da die internationalen Rechnungslegungsstandards umfangreiche Fair-Value-Bewertungen und einen Expected-Loss-Ansatz für Ausfallrisiken verlangen, sollen die damit verbundenen Auswirkungen in der Berechnung gemäss den Schweizer Eigenmittelvorschriften berücksichtigt werden. Dazu wurde das Finma-RS 13/1 «Anrechenbare Eigenmittel – Banken» angepasst.

Zudem wird die geltende Praxis zur Anrechnung von Wertkorrekturen für latente Ausfallrisiken präzisiert, indem diese entweder als Tier-2-Kapital angerechnet oder von der entsprechenden Aktivposition in der Bilanz abgezogen werden können.

Die Änderungen zum Finma-RS 13/1 traten am 1. Januar 2019 in Kraft.

## 6. LIQUIDITÄT

**6.1 Verschiebung der Einführung der Net Stable Funding Ratio (NSFR).** Gemäss den ursprünglichen zeitlichen Vorgaben des Basler Ausschusses sollten die Bestimmungen

---

*«Banken, die für ihre Rechnungslegung die von der Finma anerkannten internationalen Standards IFRS oder US GAAP verwenden, müssen für die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelberechnungen Korrekturen vornehmen.»*

zur NSFR per 1. Januar 2018 in Kraft treten. Zu den vorgesehenen Anpassungen in der *Liquiditätsverordnung (LiqV)* fand bereits im Frühjahr 2017 eine Anhörung statt. Aufgrund der Verzögerungen bei der Einführung der NSFR in der EU und in den USA hat der Bundesrat im November 2017 beschlossen, die NSFR erst später in die LiqV aufzunehmen. Diesen Entscheid hat der Bundesrat im November 2018 bekräftigt und die Einführung aufgeschoben. Der Bundesrat wird deshalb Ende 2019 erneut über das weitere Vorgehen befinden.

## 7. PRÜFWESEN

Im Juli 2018 publizierte die Finma das angepasste RS 13/3 «Prüfwesen». Während das RS die Prüfung der Konzern- und Jahresrechnungen nicht tangiert, beeinflussen die Änderungen

---

*«Im Juli 2018 publizierte die Finma das angepasste RS 13/3 «Prüfwesen». Während das RS die Prüfung der Konzern- und Jahresrechnungen nicht tangiert, beeinflussen die Änderungen die Aufsichtsprüfung stark.»*

gen die Aufsichtsprüfung stark. Die Änderungen traten am 1. Januar 2019 in Kraft und wirken sich auf Aufsichtsprüfun-





Datum: 08.02.2019

gen des Kalenderjahres 2019 aus.

**7.1 Reduzierte Prüfkadenz.** Der Verwaltungsrat kann bei Banken der Aufsichtskategorien 4 und 5 bei der Finma beantragen, dass die aufsichtsrechtlichen Prüfungen nur noch alle zwei oder drei Jahre vorgenommen werden. Ein erfolgreicher Antrag setzt voraus, dass keine erhöhte Risikolage und keine erheblichen Schwachstellen bei der Bank bestehen. In den Zwischenjahren erstellt die Prüfgesellschaft lediglich eine Risikoanalyse. Die Erstellung der Prüfstrategie, die Prüfungsdurchführung und die Berichterstattung werden aufgeschoben. Der Aufwand kumuliert sich vor allem im zweiten respektive im dritten Jahr. In den Zwischenjahren erhält die Bank aus der aufsichtsrechtlichen Basisprüfung keine Berichte oder Bestätigungen von der Prüfgesellschaft zur Einhaltung des Aufsichtsrechts.

**7.2 Verlängerte Prüfzyklen.** Die Änderungen im RS umfassen eine Verlängerung von Prüfzyklen. So wird beispielsweise bei einem Prüfgebiet mit einem mittelhohen Risiko nur noch alle sechs Jahre eine Prüfung durchgeführt, während bisher in jedem dritten Jahr zusätzlich eine kritische Beurteilung vorzunehmen war. Dadurch sinkt der Prüfaufwand über einen gesamten Planungszyklus betrachtet. Gleichzeitig reduziert sich jedoch auch die Prüfsicherheit für die Organe eines Instituts.

**7.3 Einige Restriktionen wurden gestrichen.** Die bisherige Restriktion, dass die Prüfgesellschaft nur bei jeder zweiten Intervention auf die Prüfungen der internen Revision abstützen darf, wurde gestrichen. Die Prüfungen von interner und externer Revision können einfacher koordiniert und Doppelspurigkeiten so vermieden werden.

Bisher war es unzulässig, die von der Prüfgesellschaft erstellte Risikoanalyse mit den Organen der Bank abzustimmen, bevor die Dokumente nicht der Finma zugestellt wurden. Dieses Verbot ist im geänderten RS nicht mehr enthalten.

Auch die Berichterstattung über die Aufsichtsprüfung wird vereinfacht. Künftig fokussiert der Bericht vorwiegend auf eine Zusammenstellung der Beanstandungen und Empfehlungen. Die beschreibenden Berichtsteile werden stark reduziert.

## 8. WEITERE THEMEN

**8.1 Kleinbankenregime.** Die Finma beabsichtigt kleine Banken von der erheblichen Komplexität der Regulierung zu

entlasten. Sie strafft deshalb während einer bis Ende 2019 dauernden Pilotphase das Regulierungsregime für Banken der Aufsichtskategorien 4 und 5. Banken, die bestimmte Kriterien erfüllen, haben die Möglichkeit zur Teilnahme am Kleinbankenregime. Diese Kriterien bedingen insbesondere eine überdurchschnittliche Kapitalisierung, eine Ausstattung mit hoher Liquidität sowie keine erhöhten Verhaltens- oder Zinsänderungsrisiken.

Falls eine Bank dem Kleinbankenregime unterliegt, gelten verschiedene Vereinfachungen, wie:  
→ vereinfachte Ermittlung der erforderlichen Mindesteigenmittel, → vereinfachte Berechnung der Leverage Ratio, → Beschränkung der aufsichtsrechtlichen Offenlegung auf die Key Metrics, → Befreiung von der NSFR-Liquiditätsregulierung (deren Inkraftsetzung zurzeit allerdings aufgeschoben wurde, vgl. Absatz 6.1), → vereinfachte Kapital- und Liquiditätsplanung.

Weitere Vereinfachungen in den Bereichen operationelle Risiken, Outsourcing und Corporate Governance werden derzeit durch die Finma beurteilt. Dazu ist eine Anpassung der entsprechenden RS in Ausarbeitung.

**8.2 Stärkung des Einlegerschutzes.** Der Bundesrat hat im Februar 2017 entschieden, dass das Einlegerschutzsystem in der Schweiz durch verschiedene Massnahmen gestärkt werden soll. Die Dauer zur Auszahlung von gesicherten Einlagen im Fall eines Bankenkonkurses soll auf sieben Arbeitstage verkürzt werden. Zudem ist beabsichtigt, dass Wertchriften im Umfang von 50% der Beitragsverpflichtungen der Banken zu hinterlegen sind. Wegfallen würde stattdessen die Pflicht, Liquidität für allfällige Abflüsse an die Einlagensicherung zu halten. Die verbleibenden 50% der Beitragsverpflichtungen sollen in Form der bisherigen Ex-post-Finanzierung beibehalten werden. Zudem soll die Systemobergrenze auf 1,6% der Gesamtsumme der gesicherten Einlagen erhöht werden. Der Bundesrat beabsichtigt darüber hinaus, den Anlegerschutz zu stärken und die Banken zu einer getrennten Verwahrung von Eigen- und Kundenbeständen im Depotgeschäft zu verpflichten. Die Vernehmlassungsvorlage wird derzeit ausgearbeitet. Die Vernehmlassung wird voraussichtlich im 2. Quartal 2019 durchgeführt. ■

**Anmerkung:** \*Der Artikel berücksichtigt aufsichtsrechtliche Entwicklungen bis Anfang Dezember 2018.



Datum: 08.02.2019

BRUNO GMÜR  
PHILIPPE BOCHUD

## AUDIT DES BANQUES ET NÉGOCIANTS EN VALEURS MOBILIÈRES – UN RÉPIT MOMENTANÉ EN 2019? Bilan et perspectives des principaux changements pruden- tiels\*

Le 1<sup>er</sup> janvier 2020 entreront en vigueur plusieurs gros dispositifs de régulation, parmi lesquels la loi sur les services financiers ainsi que les modifications apportées à la loi sur le blanchiment d'argent. D'un volume relativement raisonnable, les adaptations mises en application début 2019 pourraient donner l'illusion d'un répit momentané, aussitôt contredite par l'ampleur et le coût de mise en œuvre des modifications prudentielles à prévoir.



PHILIPPE BOCHUD,  
EXPERT-COMPTABLE  
DIPLÔMÉ, MEMBRE  
DE LA COMMISSION AUDIT  
BANCAIRE D'EXPERT-  
SUISSE, PARTNER,  
ASSURANCE FINANCIAL  
SERVICES, **PWC**,  
GENÈVE

BRUNO GMÜR,  
EXPERT-COMPTABLE  
DIPLÔMÉ, PRÉSIDENT  
DE LA COMMISSION  
AUDIT BANCAIRE D'EXPERT-  
SUISSE, PARTNER,  
ASSURANCE FINANCIAL  
SERVICES, **PWC**,  
ZURICH



### 1. ORGANISATION DES MARCHÉS FINANCIERS

**1.1 Dispositions relatives à la fourniture de services financiers.** En chantier depuis plusieurs années, adoptée par les Chambres en juin 2018, la loi sur les services financiers LSFfin adapte les règles de comportement et celles concernant les produits aux besoins de la clientèle privée et professionnelle. Elle instaure notamment l'obligation de fournir des informations sur les prestataires de services financiers et les produits, de vérifier le caractère approprié de toute transaction sur instruments financiers (relations «execution only» exceptées), ainsi que celle de vérifier l'adéquation des

services fournis dans le cadre du conseil en placement et de la gestion de fortune.

La loi couvre également l'organisation des prestataires de services financiers ainsi que les mesures visant à empêcher les conflits d'intérêts.

La banque peut par exemple percevoir des indemnités de distribution de tiers (distributeurs de produits tels que sociétés de fonds, etc.) dans les opérations avec des placements collectifs de capitaux ou des produits structurés et les transmettre à des tiers. L'obligation de transférer entièrement aux clients les rémunérations reçues de tiers est maintenant ancrée dans la loi. Les clients peuvent renoncer alternativement



Datum: 08.02.2019

au transfert des rémunérations reçues de tiers pour autant qu'ils aient été informés du type et de l'ampleur de la rémunération avant que les services aient été fournis et le contrat signé.

Longuement discutée, l'obligation d'inscrire les conseillers à la clientèle dans un registre des conseillers a été abandonnée pour ceux d'entre eux qui travaillent dans un établissement assujéti à la *loi sur la surveillance des marchés financiers (LFinma)*. Elle subsiste toutefois pour les conseillers de prestataires de services financiers étrangers ainsi que suisses non assujétis à une surveillance au sens où l'entend la LFinma.

Le client a droit en tout temps à la remise d'une copie de son dossier ainsi que de tout autre document le concernant que le prestataire de services financiers a établi dans le cadre de la relation d'affaires, ceci dans les 30 jours suivant la demande.

Les dispositions de la loi seront concrétisées par l'*ordonnance sur les services financiers (OSFin)*, dont l'audition s'achèvera le 6 février 2019.

La LSFIn et l'OSFin devraient entrer en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020 et les obligations concernant la classification des clients, les règles de comportement et l'organisation des prestataires s'appliquer dans un délai d'un an à compter de l'entrée en vigueur de l'OSFin.

## 1.2 Autorisation et exigences applicables à l'organisation des établissements financiers assujétis à surveillance.

La *loi sur les établissements financiers (LEFin)* règle la surveillance de tous les prestataires de services financiers exerçant des activités de gestion de fortune et, plus particulièrement, celle des gestionnaires de fortune, des trustees, des gestionnaires de fortune collective, des directions de fonds et des maisons de titres, alors que les banques en sont exemptées.

Formant une nouvelle catégorie, les «maisons de titres» correspondent aux catégories jusqu'ici constituées des négociants en valeurs mobilières agissant pour le compte de clients ou pour propre compte ainsi que des teneurs de marché au sens de l'*ordonnance sur les bourses et le commerce des valeurs mobilières (OBVM)*. Les catégories comprenant les maisons d'émission et les fournisseurs de dérivés, dont les transactions sont en fait effectuées par les banques et les négociants agissant pour le compte de clients, ont été abrogées.

Pour les établissements qui lui sont soumis, la LEFin règle des aspects tels que les conditions d'autorisation, l'organisation, la garantie d'une activité irréprochable, les formes juridiques admises, les dispositions sur les fonds propres ainsi

que les exigences relatives à la gestion des risques et au contrôle interne.

La LEFin et l'OEFIn étant traitées conjointement avec la LSFIn et l'OSFin, toutes deux entreront vraisemblablement en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020, et les dates d'audition de leurs ordonnances d'exécution respectives seront sans doute les mêmes.

## 2. PRÉVENTION DU BLANCHIMENT D'ARGENT

L'évaluation de la Suisse effectuée en 2016 par le *Groupe d'action financière (GAFI)* a fait apparaître la nécessité de remettre certaines dispositions de la réglementation suisse en conformité avec les normes de cet organisme. Plusieurs instruments de réglementation sont concernés par les adaptations prévues à cet effet.

**2.1 Loi sur le blanchiment d'argent.** La procédure de consultation des modifications apportées à la *loi sur le blanchiment d'argent (LBA)* s'est prolongée jusqu'au 21 septembre 2018.

Des obligations de diligence seront instaurées pour les prestations de conseil (création, achat, vente, gestion, administration, organisation des apports) fournies par des sociétés ayant leur siège à l'étranger, des sociétés de domicile ayant leur siège en Suisse ainsi que des trusts. Ces activités seront dorénavant assujéties aux dispositions de la LBA. En même temps une obligation de vérification sera instituée pour les conseillers.

L'intermédiaire financier sera expressément tenu de vérifier les informations concernant l'ayant droit économique et de s'assurer régulièrement que la documentation client est à jour. La périodicité et l'étendue de ces vérifications seront fonction du risque que représente le cocontractant.

Les associations qui, à titre principal, sont impliquées dans la collecte ou la distribution de fonds à des fins caritatives à l'étranger seront tenues de demander leur inscription au registre du commerce.

Les obligations de diligence qu'ont à respecter les négociants en métaux précieux et en pierres précieuses rémunérés en espèces seront étendues aux montants supérieurs à 15 000 francs.

Ces adaptations devraient entrer en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020. Les dates auxquelles les Chambres en délibéreront n'ont pas encore été déterminées.

**2.2 Ordonnance de la Finma sur le blanchiment d'argent.** Le remaniement de l'*ordonnance de la Finma sur le blanchiment*



Datum: 08.02.2019

d'argent (OBA-Finma) est double. Adoptée en juin 2018, la première adaptation entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020. Elle concrétisera plus explicitement les modifications de la LBA mentionnées sous 2.1:

- Elle étend et précise les critères révélateurs de relations d'affaires suspectes de risques accrus;
- Elle concrétise le respect des principes fondamentaux de la prévention du blanchiment d'argent auquel est tenu l'ensemble du groupe, de même que celui de la surveillance globale des risques juridiques et de réputation incombant aux intermédiaires financiers ayant des activités à l'étranger;
- Elle abaisse de 25 000 à 15 000 francs le seuil des transactions au comptant avec des clients occasionnels ainsi que celui s'appliquant à la souscription de placements collectifs de capitaux non cotés en bourse;
- Elle instaure dans le trafic des paiements l'obligation de vérifier les données sur le donneur d'ordre ainsi que celles concernant le bénéficiaire.

La deuxième adaptation concerne les obligations de diligence à observer par les futurs détenteurs de l'autorisation Fintech (personnes selon l'art. 1b LB). L'autorité se fonde en la matière sur les obligations de diligence à respecter par les *intermédiaires financiers directement soumis (IFDS)*. Alors que l'obligation de définir les critères de risque nécessaires à l'identification des relations d'affaires à risque accrus ne leur incombe qu'à partir d'au moins 20 relations d'affaires durables, les détenteurs d'autorisations Fintech auront à définir ces risques pour l'ensemble de leurs relations d'affaires. Si le revenu brut d'un établissement est inférieur à 1,5 million de francs et que celui-ci apporte la preuve d'un faible niveau de risques, la Finma pourra en outre abaisser les exigences d'indépendance auxquelles la gestion des risques et la compliance sont soumises en tant que fonctions de contrôle. Au besoin, elle exigera pour les transactions la mise en place d'un système de surveillance informatisé. Publiées le 10 décembre 2018, ces modifications s'appliquent depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2019.

**2.3 Convention relative à l'obligation de diligence des banques.** Les modifications apportées à la LBA et à l'OBA-Finma ont nécessité des adaptations de la *Convention relative à l'obligation de diligence des banques (CDB 20)*. La CDB 20 entrera en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2020.

Sont à retenir comme principales adaptations: l'abaissement du seuil de 25 000 francs à 15 000 francs pour l'identification du cocontractant lors d'opérations de caisse, l'intégra-

tion formelle à la CDB 20 de l'identification par vidéo et en ligne selon la Circ.-Finma 16/7 «Identification vidéo et en ligne», ainsi que la décision ramenant de 90 à 30 jours le délai d'obtention des données ou documents manquant lors de l'ouverture d'un compte. Plusieurs formulaires ont en outre été précisés ou simplifiés.

### 3. ORGANISATION DE LA BANQUE ET GESTION DES RISQUES

**3.1 Nouvelles normes de mesure et de gestion des risques de taux d'intérêt.** En vigueur depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2019 et remplaçant la Circ.-Finma 08/6 du même nom, la Circ.-Finma 19/2 «Risques de taux – banques» transpose les nouvelles normes du Comité de Bâle sur les risques de taux auxquels est exposé le portefeuille bancaire («Interest rate risk in the banking book, IRRBB»).

La nouvelle circulaire énonce neuf principes d'identification, de mesure et de gestion des risques de taux, dont beaucoup figuraient déjà sous une forme identique ou similaire dans la circulaire précédente. Si elles démontrent que certaines conditions sont remplies, les petites banques des catégories de surveillance 4 et 5 pourront être exemptées de l'implémentation d'une partie de ces principes. Certains allègements pourront en outre être demandés par les établissements de catégorie 3 pour lesquels les opérations de taux ne constituent pas une activité significative.

L'une des adaptations les plus importantes est celle concernant le système interne de mesure des risques de taux. La mesure des risques de taux doit avoir pour base un ensemble approprié de scénarios de choc de taux et de crise. Si elles apportent la preuve que leurs scénarios de choc de taux sont appropriés aux risques de taux encourus, les petites banques pourront renoncer à des scénarios de choc de taux et de crise plus spécifiques, allant au-delà des scénarios standard. Tel devrait être le cas pour tout établissement ayant un modèle d'affaires moyen, sans produits exotiques, et une gestion normale de la structure du bilan. Les petites banques et celles de catégorie 3 ayant un volume d'opérations de taux non significatif n'en seront pas moins tenues de calculer les six scénarios de choc de taux et autres scénarios éventuellement prescrits par la Finma.

Les banques ont l'obligation de faire état, dans le cadre de leur publication prudentielle, des aspects qualitatifs et quantitatifs du risque de taux. Le texte faisant foi pour la publication des risques de taux est la Circ.-Finma 16/1 «Publication – banques» (cf. 4.2) qui a pour objet les thèmes suivants:

→ Description des buts et des stratégies définis pour la ges-



Datum: 08.02.2019

tion des risques de taux encourus par le portefeuille de la banque;

→ Informations quantitatives sur la structure des positions et la révision des taux;

→ Description des variations des revenus et du patrimoine économique de la banque découlant de chacun des scénarios de choc de taux prescrits.

Cette approche donne, par rapport à aujourd'hui, une image relativement transparente et comparable des risques de taux auxquels est exposée une banque.

En annexe à la circulaire, la Finma explique la façon dont elle procède pour identifier les établissements hors normes. Les risques de taux peuvent lui paraître inappropriés dès lors que la variation de la valeur économique des fonds propres provoquée par un scénario de choc de taux représente au moins 15% du capital de base ou que ne sont pas respectés les principes d'une gestion appropriée des risques de taux. Les établissements ainsi identifiés sont évalués individuellement par la Finma, qui peut leur imposer des mesures de réduction des risques de taux.

**3.2 Nouvelle réglementation des exigences concernant l'externalisation de prestations de service.** La Finma a publié le 5 décembre 2017 sa circulaire remaniée Circ. 18/3 Outsourcing – banques et assureurs, qui remplace la Circ.-Finma 08/7 du même nom.

Alors que les anciennes dispositions donnaient, à titre d'exemple, une liste des activités impliquant une externalisation essentielle au sens de la circulaire, les nouvelles règles laissent dans une large mesure à l'appréciation des établissements le soin de déterminer, sur la base de principes géné-

prestation de service objet de l'externalisation est une fonction de nature essentielle pour l'activité de l'établissement, de nombreuses contraintes doivent être observées, dont celle de dresser un inventaire des fonctions externalisées, celle de respecter les exigences minimales quant au contenu des contrats et celles relatives au choix, à l'instruction et au contrôle du prestataire.

Les dispositions de la circulaire s'appliquent également aux externalisations au sein du groupe. Des allègements sont toutefois prévus lorsque les risques habituellement liés à une externalisation n'existent pas ou que certaines exigences ne sont pas pertinentes.

Entrée en vigueur le 1<sup>er</sup> avril 2018, la circulaire s'applique immédiatement aux relations d'outsourcing des banques conclues ou modifiées après cette date. Celles qui existaient déjà au moment de l'entrée en vigueur de la nouvelle circulaire devront être adaptées à ses exigences dans un délai transitoire de cinq ans.

**3.3 Abaissement des obstacles à l'accès au marché pour les Fintech.** Une révision de la réglementation des marchés financiers doit permettre d'abaisser les obstacles à l'accès au marché pour les Fintech et de renforcer du même coup la compétitivité de la place financière suisse. D'où la création dans la *loi sur les banques (LB)* d'une nouvelle catégorie d'autorisation. L'autorisation visée à l'art. 1a LB correspond à celle s'appliquant actuellement aux banques.

Créée en vertu de l'art. 1b LB sous le titre d'encouragement à l'innovation, la nouvelle autorisation correspond à celle, allégée, des Fintech qui, depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2019, sont autori-

---

*«La nouvelle circulaire énonce neuf principes d'identification, de mesure et de gestion des risques de taux, dont beaucoup figuraient déjà sous une forme identique ou similaire dans la circulaire précédente.»*

raux, le caractère essentiel de leurs externalisations. Si la



Datum: 08.02.2019

Catégorie de surveillance de la banque	Approche
1	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Approche expected loss en fonction des normes comptables internationales utilisées;</li> <li>→ Approche expected loss également admise pour le bouclage individuel statutaire.</li> </ul>
2	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Approche expected loss fondée sur un modèle de perte prévue pour toutes les positions soumises à l'approche basée sur une notation interne (IRBA);</li> <li>→ Approche simplifiée pour les pertes prévues sur les positions pondérées selon l'approche standard pour les fonds propres (p. ex. approche par taux de perte fondée sur le jugement d'experts).</li> </ul>
3 (avec un volume significatif d'opérations de taux d'intérêt)	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Assouplissement des règles, jusqu'ici formelles, régissant la constitution de corrections de valeur pour risques de défaillance latents;</li> <li>→ Constitution attendue de corrections de valeur destinées à couvrir les risques de défaillance inhérents en cas de marge d'appréciation importante;</li> <li>→ Utilisation des corrections de valeur pour risques de défaillance inhérents en cas de situations de crise.</li> </ul>
Autres	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Possibilité d'utiliser l'approche actuellement en vigueur, avec corrections de valeur pour risques de défaillance latents fondés sur l'approche incurred loss; ou</li> <li>→ Constitution de corrections de valeur additionnelles pour risques de défaillance inhérents.</li> </ul>

Tableau: **EXIGENCES EN MATIÈRE DE CORRECTIONS DE VALEUR SUPPLÉMENTAIRES POUR RISQUES DE DÉFAILLANCE**

Aux corrections de valeur individuelles pour créances compromises viendraient s'ajouter, suivant la catégorie de surveillance dont relève la banque, diverses exigences sées à accepter à titre professionnel, moyennant des exigences assouplies, des dépôts du public, qu'elles ne placent ni ne rémunèrent, plafonnés à 100 millions de francs. Cet allègement des règles régissant les informations à fournir aux clients, les exigences concernant l'organisation ainsi que le capital minimum ont en outre été repris dans l'*ordonnance sur les banques (OB)*.

Ces règles sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019.

#### 4. COMPTABILITÉ BANQUES ET NÉGOCIANTS EN VALEURS MOBILIÈRES ET PUBLICATION PRUDENTIELLE

**4.1 Adaptation des prescriptions comptables et constitution de corrections de valeur supplémentaires pour risques de défaillance.** Le remplacement de la Circ.-Finma 15/1 «Comptabilité – banques» par une ordonnance de la Finma sur la comptabilité bancaire est en chantier depuis plusieurs années. Alors qu'une grande partie des règles actuelles ne devrait pas subir d'adaptations matérielles, la Finma se propose néanmoins d'introduire un complément à la constitution des corrections de valeur pour risques de défaillance (cf. *tableau*).



Datum: 08.02.2019

**4.2 Circ.-Finma 16/1 «Publication – banques».** Bien qu'entrée en vigueur il y a seulement deux ans, la Circ.-Finma 16/1 «Publication – banques» a déjà fait l'objet de plusieurs remaniements. La Finma a publié en juillet 2018 les dernières adaptations qui devront être respectées pour les publications arrêtées au 31 décembre 2018.

Dans le but d'améliorer la comparabilité des publications bancaires, des exigences standardisées ont été définies pour leurs contenus. Si la banque estime les informations sou-

quant à la façon dont une perte prévue doit être présentée dans les comptes des établissements.

mises à publication immatérielles et non pertinentes, elle a la possibilité de renoncer à les publier. Les raisons de l'immatérialité ou de la non-pertinence doivent être documentées en interne. Certains tableaux sont toutefois exclus de cette simplification.

Les adaptations de contenu significatives suivantes ont été effectuées:

- Tableau des principaux chiffres-clés réglementaires (key metrics),
- Tableaux des normes révisées relatives aux risques de taux et de marché,
- Tableaux des banques globalement systémiques en lien avec les exigences *Total Loss-Absorbing (TLAC)*,
- Tableaux des rémunérations et des ajustements de valeur prudentiels,
- Renonciation à publier une justification en cas de non-publication d'informations pour cause d'immatérialité.

La Finma a d'ores et déjà annoncé des adaptations des dispositions de publication intégrant les modifications apportées à l'accord final sur les fonds propres (*Bâle III*).

## **5. FONDS PROPRES ET RÉPARTITION DES RISQUES**

**5.1 Fin de l'approche standard suisse AS-CH le 31 décembre 2018 au plus tard.** L'ordonnance du 29 septembre 2006 sur les fonds propres (OFR) prévoyait pour la détermination des fonds propres requis pour la couverture des risques de crédit deux approches standard: l'*approche standard suisse (AS-CH)* ainsi que l'*approche standard internationale (AS-BRI)*. Sa révision totale, le 1<sup>er</sup> juin 2012, avait en principe aboli l'approche AS-CH.

Mais, tenant compte de la complexité administrative et technique du passage à l'AS-BRI, le législateur avait alors dis-



Datum: 08.02.2019

posé, à l'art. 137 OFR, que l'AS-CH resterait applicable jusqu'au 31 décembre 2018 au plus tard.

**5.2 Détermination des fonds propres requis pour les équivalents-crédit de dérivés et les participations à des fortunes collectives gérées.** Les dispositions s'appliquant au calcul des fonds propres requis pour les équivalents-créd-

---

*«Les exigences en vigueur jusqu'ici admettaient un dépassement de la limite maximale de 25% pour autant que le montant excédentaire soit couvert par des fonds propres librement disponibles.»*

dit de dérivés ainsi que la méthode selon laquelle sont à pondérer les risques afférents aux parts de fortunes collectives gérées (FCG) ont été modifiées en lien avec l'adaptation des dispositions du Comité de Bâle. Le 23 novembre 2016, le Conseil fédéral avait publié à ce sujet une adaptation de l'ordonnance sur les fonds propres (OFR). Les nouvelles dispositions sur les dérivés et les FCG ont été intégrées à la Circ.-Finma 17/7 «Risques crédit – banques». Publiée le 19 décembre 2016, celle-ci remplace la Circ.-Finma 08/19 du même nom.

L'approche standard pour le calcul des équivalents-crédit de dérivés (Standardised Approach for Counterparty Credit Risk, SA-CCR) prend en compte aux Cm 32-122 de la Circ.-Finma 17/7 le degré de couverture des contrats, un calibrage sensible au risque auquel sont exposées les valeurs de remplacement ainsi que des majorations de sécurité. Étant donné la complexité de l'AS-CCR, une AS-CCR simplifiée est prévue en alternative pour les banques des catégories de surveillance 4 et 5 (Cm 32 et annexe 5), dont bénéficient également les établissements de catégorie 3 ayant un volume d'opérations sur dérivés insignifiant.

Ont également été adaptés la méthodologie et les taux de pondération-risque applicables à la couverture par fonds propres des parts de fortunes collectives gérées (Cm 333-358 Circ.-Finma 17/7). Les nouvelles règles prévoient les approches suivantes:





Datum: 08.02.2019

→ *Approche look-through (ALT)*: les positions sous-jacentes aux participations FCG sont pondérées en fonction des risques comme elles le seraient si elles étaient directement détenues par la banque.

→ *Approche sur la base du mandat (ABM)*: si les conditions d'utilisation de l'ALT ne sont pas réunies ou si les informations nécessaires à son utilisation ne sont pas disponibles, l'établissement a l'obligation d'appliquer l'approche ABM, laquelle se fonde sur le mandat et les directives de placement ou sur les risques admis par la réglementation.

→ *Approche fallback (AFB)*: si ni l'une ni l'autre des approches ci-dessus n'entre en ligne de compte, l'établissement utilise l'AFB, avec laquelle une pondération-risque de 1250% est appliquée aux participations FCG. Et s'il souhaite faire des économies, l'établissement peut choisir directement l'AFB (Cm 337).

→ *Approche simplifiée (ASS)*: pour autant qu'une FCG présente un indicateur synthétique de 1 à 4, les établissements des catégories de surveillance 4 et 5 sont autorisés à utiliser l'AFB (Cm 335), la pondération-risque étant alors de 250% au lieu de 1250%. Dans la mesure où leurs participations FCG sont insignifiantes, l'ASS est également ouverte aux établissements de la catégorie de surveillance 3.

Ces modifications et adaptations sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2017 et non pas, comme primitivement prévu, le 1<sup>er</sup> janvier 2018 au plus tard. Du fait de l'adaptation de l'OFR consécutive à la modification des dispositions sur la répartition des risques (cf. 5.4) publiée le 22 novembre 2017 par le Conseil fédéral, le délai transitoire de 12 mois prévu à l'art. 148g OFR a été porté à 36 mois, soit au 31 décembre 2019.

**5.3 Prise en compte des polices d'assurance-vie et pondération-risque des participations à des fortunes collectives gérées effectuée selon l'approche simplifiée.** En juillet 2018, la Circ.-Finma 17/7 «Risques de crédit – banques» a fait l'objet d'adaptations facilitant quelque peu la prise en compte à des fins de fonds propres des polices d'assurance-vie de couples mariés mises en gage. D'autre part, la pondération-risque des participations à des fortunes collectives gérées (FCG) a été étendue, dans certaines conditions, à des instruments ayant un indicateur de risque de plus de 4.

Ces adaptations sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019.

**5.4 Modification des dispositions sur la répartition des risques.** Le 22 novembre 2017 a été publiée une adaptation

des dispositions sur la répartition des risques figurant dans l'ordonnance sur les fonds propres (OFPR) dont les détails ont été intégrés à la nouvelle Circ.-Finma 19/1 «Répartition des risques – banques».

L'art. 97 OFPR disposait jusqu'ici qu'un gros risque ne pouvait excéder 25% des fonds propres corrigés pris en compte. Selon les nouvelles exigences, cette condition ne s'appliquera plus à la totalité des fonds propres mais uniquement à ceux de base (capital tier 1), ce qui pourra entraîner un abaissement significatif de la limite supérieure.

Les exigences en vigueur jusqu'ici admettaient un dépassement de la limite maximale de 25% pour autant que le montant excédentaire soit couvert par des fonds propres librement disponibles. Cette couverture n'est plus admise par le nouvel art. 99 OFPR, au sens duquel le dépassement de la limite maximale de 25% n'est plus autorisé qu'en relation avec une fusion ou l'exécution d'opérations de paiement de la clientèle d'une durée n'excédant pas cinq jours ouvrables bancaires.

La liste des positions non prises en compte pour le calcul de la position globale a également été réduite. L'exemption de la limite maximale imposée aux gros risques ne s'applique



Datum: 08.02.2019

plus dorénavant qu'aux positions et aux couvertures envers les banques centrales et les gouvernements centraux ainsi qu'envers les contreparties centrales provenant de services de clearing.

Jusqu'ici exemptées du calcul de la position globale, les lettres de gage suisses doivent maintenant être pondérées au taux de 10% (art. 113 al. 2 let. b OFR).

L'annonce périodique des gros risques a été élargie à celle d'autres risques de crédit élevés, ce qui fait que le délai des annonces a été porté de quatre à six semaines à compter de la fin du trimestre (art. 100 OFR). Les destinataires de ces annonces sont toujours l'organe responsable de la haute direction et la société d'audit prudentielle ainsi que, à l'avenir, la Banque nationale suisse.

La plupart de ces modifications et adaptations sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019.

**5.5 Modification de la couverture des risques de marché par des fonds propres.** La nouvelle règle concernant la couverture des risques de marché par des fonds propres n'a cessé d'être différée. Selon le calendrier du Comité de Bâle, les établissements avaient, pour transposer dans le droit national les nouvelles normes s'appliquant aux risques de marché, un délai à janvier 2019 et, pour leur mise en vigueur, un délai au 31 décembre 2019. Du fait que d'autres juridictions, dont l'Union européenne, ne les adopteront que plus tard, leur mise en œuvre par la Suisse sera, elle aussi, retardée, tant et si bien qu'elles n'entreront finalement en vigueur qu'en 2022.

**5.6 Participations: une pondération-risque au lieu de la déduction intégrale sur fonds propres.** Le Conseil fédéral a adopté le 21 novembre 2018 une modification de l'ordonnance sur les fonds propres étendant, à partir du 1<sup>er</sup> janvier 2019, aux trois banques d'importance systémique nationale l'obligation de détenir du capital gone concern en prévision d'un éventuel assainissement ou d'une liquidation. Cette réglementation est assortie d'un délai transitoire à 2025.

Le traitement, particulièrement strict en comparaison internationale, appliqué aux participations est modifié parallèlement. De la déduction sur fonds propres à leur pleine valeur comptable, on est passé à une pondération-risque de 250% pour les participations ayant leur siège en Suisse et de 400% pour celles ayant leur siège à l'étranger. Cette règle s'applique depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2019.



Datum: 08.02.2019

**5.7 Redéfinition des objectifs de fonds propres et seuils d'intervention.** La Finma a publié en juillet 2018 une adaptation de sa circulaire 11/2 «Volant de fonds propres et planification des fonds propres – banques». Intégrées depuis le 1<sup>er</sup> juillet 2016 à l'ordonnance sur les fonds propres (OFR), les dispositions concernant les catégories de surveillance et le volant de fonds propres en ont été retirées.

Le seuil d'intervention propre à chaque catégorie de surveillance ne fera plus référence à une quote-part de capital absolue. L'objectif de la Finma est de renforcer l'intensité de la surveillance et d'exiger, le cas échéant, un supplément de mesures concernant les fonds propres dès lors que la quote-part *Common Equity Tier 1 (CET1)* ou la quote-part globale de fonds propres d'un établissement est inférieure à son objectif de fonds propres, ceci d'une valeur déterminée, exprimée en points de pourcentage et fonction de la catégorie de surveillance de l'établissement. Les composantes de l'objectif de fonds propres sont la quote-part globale de fonds propres, le volant anticyclique ainsi qu'un supplément éventuel de fonds propres fonction de l'établissement.

Les nouvelles règles sont entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019.

**5.8 Adaptation des corrections prudentielles pour les utilisateurs des IFRS et des US GAAP.** Les banques qui présentent leurs comptes selon les normes internationales IFRS ou US-GAAP, toutes deux reconnues par la Finma, sont tenues d'apporter à la détermination de leurs fonds propres prudentiels certaines corrections assurant leur égalité de traitement avec les établissements qui les présentent selon la Circ.-Finma 15/1 «Comptabilité banques» (PCB). Les normes comptables internationales impliquent un volume important d'évaluations à la juste valeur ainsi qu'une approche *expected loss* pour les risques de défaillance, ce dont résultent,

---

*«L'annonce périodique des gros risques a été élargie à celle d'autres risques de crédit élevés, ce qui fait que le délai des annonces a été porté de quatre à six semaines à compter de la fin du trimestre (art. 100 OFR).»*

par rapport aux dispositions suisses sur les fonds propres, des incidences calculatoires que ces corrections servent à prendre en compte. D'où la nécessité d'une adaptation de la Circ.-Finma 13/1 «Fonds propres pris en compte».

La pratique actuelle a été précisée en ce sens que les corrections de valeur pour risques latents de défaillance peuvent être soit prises en compte comme capital tier 2, soit déduites de la position active correspondante du bilan.

Les modifications apportées à la Circ.-Finma 13/1 s'appliquent depuis le 1<sup>er</sup> janvier 2019.

## 6. LIQUIDITÉ

**6.1 Report de l'introduction du Net Stable Funding Ratio (NSFR).** Selon les premières indications du Comité de Bâle, les dispositions du NSFR devaient entrer en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2018. Pour ce qui est de la nécessaire adaptation de l'ordonnance sur les liquidités (OLiQ), une audition a eu lieu dès le printemps 2017. L'instauration du NSFR dans l'Union européenne et aux États-Unis ayant pris du retard, le Conseil fédéral a décidé en novembre 2017 de remettre son intégration à l'OLiQ à plus tard. Campant sur ses positions, il a opté en novembre 2018 pour un nouveau report et décidé de réexaminer la question fin 2019.

## 7. ACTIVITÉS D'AUDIT

La Finma a publié en juillet 2018 la version adaptée de sa circulaire 13/3 «Activités d'audit». Sans incidence sur l'audit des comptes de groupe et des comptes annuels, les modifications qu'elle contient impactent fortement l'audit prudentiel. Entrées en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2019, elles s'appliquent aux audits prudentiels de l'année civile 2019.

**7.1 Cadence d'audit réduite.** Le conseil d'administration d'une banque des catégories de surveillance 4 et 5 peut demander à la Finma que les audits prudentiels n'aient plus lieu que tous les deux ou trois ans, ceci pour autant que l'établissement ne soit pas exposé à des risques accrus et ne pré-

---

*«Le rapport sur l'audit prudentiel a été simplifié. Dorénavant, il sera surtout axé sur les irrégularités et les recommandations.»*



Datum: 08.02.2019

## *Les parties descriptives seront fortement réduites.»*

sente pas de faiblesses importantes. Les années sans audit, la société d'audit procède uniquement à une analyse des risques, sans stratégie d'audit ni rapports. Les travaux se concentrent principalement sur la deuxième ou la troisième année. Les années intermédiaires, la banque ne reçoit de la société d'audit ni rapports ni attestations relatives au respect des règles prudentielles.

**7.2 Cycles d'audit plus longs.** Les modifications apportées à la circulaire prévoient des cycles d'audit plus longs. Un domaine d'audit présentant un risque moyen ne sera plus examiné que tous les six ans et ne fera plus l'objet, en plus, d'une revue critique tous les trois ans comme auparavant. Vu sur la totalité d'un cycle, il résulte de ces modifications une réduction des travaux d'audit ayant toutefois pour contrepartie une réduction de la sécurité que l'audit représente pour les organes d'un établissement.

**7.3 Quelques restrictions supprimées.** La règle selon laquelle la société d'audit ne pouvait s'appuyer qu'une fois sur deux sur les travaux de la révision interne a été supprimée, ce qui facilite la coordination des vérifications effectuées par les révisions interne et externe et permet d'éviter les doublons.

L'interdiction d'harmoniser les analyses des risques effectuées par la société d'audit avec les organes de la banque avant qu'elles ne soient remises à la Finma a été levée. Cette interdiction ne figure plus dans la circulaire modifiée.

Le rapport sur l'audit prudentiel a été simplifié. Dorénavant, il sera surtout axé sur les irrégularités et les recommandations. Les parties descriptives seront fortement réduites.

## **8. AUTRES SUJETS**

**8.1 Le régime des petites banques.** La Finma a l'intention de réduire la complexité de la réglementation pour les petites banques. Aussi a-t-elle lancé, pour le régime de réglementation prévu pour les banques des catégories de surveillance 4 et 5 remplissant certains critères, une phase pilote durant jusqu'à fin 2019, à laquelle celles-ci peuvent participer. Les critères à respecter sont une capitalisation supérieure à la moyenne, des liquidités importantes et l'absence de risques de comportement et de taux accrus.

Les établissements remplissant les critères du régime des petites banques jouiront de multiples simplifications, dont:

- une détermination simplifiée des fonds propres minimaux requis;

- un calcul simplifié du ratio de levier;

- une publication prudentielle réduite aux key metrics;

- une exemption de la réglementation des liquidités selon les NSFR (dont l'entrée en vigueur est pour l'instant en suspens, cf. 6.1);

- une planification des fonds propres et des liquidités simplifiée.

D'autres simplifications, concernant les risques opérationnels, l'outsourcing et la gouvernance, sont encore en cours d'examen par la Finma, de même qu'une adaptation des circulaires concernées.

**8.2 Renforcement de la protection des déposants.** Lors de sa réunion du 15 février 2017, le Conseil fédéral a décidé qu'il était nécessaire de renforcer le système suisse de protection des déposants et de prendre à cet effet les mesures ci-après. Premièrement: le délai de remboursement des dépôts garantis en cas de faillite bancaire sera ramené à sept jours ouvrables. Deuxièmement: le financement de la garantie des dépôts sera renforcé par un dépôt de titres représentant la moitié des contributions dues par les banques. L'exigence imposée aux banques de détenir des liquidités pour compenser les éventuelles sorties de fonds alimentant la garantie des dépôts sera en revanche supprimée. L'autre moitié des contributions dues par les banques sera conservée sous forme de l'actuel financement ex post. Troisièmement: la limite supérieure du système sera relevée à 1,6% du montant total des dépôts garantis. Le Conseil fédéral entend également accroître la protection des investisseurs en obligeant les banques à conserver séparément les propres actifs et les actifs de clients inscrits dans les comptes. Le projet de consultation est en voie d'élaboration et celle-ci aura vraisemblablement lieu au deuxième trimestre 2019. ■

**Note:** \*L'article prend en compte les développements de la réglementation prudentielle jusqu'à mi-décembre 2018.